

Arbeitsgruppe 1 – Prof. Georg Elwert

Entwicklung von innen: Die Kultur der EZ, interne Voraussetzungen von Entwicklung und der Einfluss der Entwicklungshilfe

Buschtrommeln und Bürokraten

Verschiedene Ansätze betrachten Probleme in der Entwicklungszusammenarbeit als Ergebnis eines anderen kulturellen Hintergrundes in den Nehmerländern. Im Gegensatz hierzu befassten wir uns mit einem Modell, das Kultur nicht als Erklärungsmuster akzeptiert, sondern untersucht, wie der Begriff Kultur von einzelnen Akteuren instrumentalisiert wird. Empfänger von Entwicklungshilfe berufen sich teilweise auf ihre Kultur, um bestimmte Themen der Diskussion zu entziehen oder um das Verhalten der ausländischen Experten zu manipulieren. Für ausländische Experten kann Kultur als Entschuldigung dienen, um Misserfolge oder Untätigkeit zu erklären. Während eine verklärte Vorstellung von „afrikanischen“ Kulturen nicht der Realität der modernen Staatsapparate in vielen Nehmerländern entspricht, verschleiert der Rückgriff auf kulturalistische Erklärungsmuster in vielen Fällen strukturelle

Probleme der Entwicklungszusammenarbeit.

Kleinigkeiten mit großen Folgen

Viele Empfängerstaaten der Entwicklungszusammenarbeit werden durch autoritäre Regime regiert. Aufbauend auf Prof. Elwerts Thesen zum „Command State“ diskutierten wir unsere eigenen Erfahrungen in verschiedenen Staaten. Ein herausragendes Merkmal vieler dieser Staaten ist die Uneindeutigkeit und mangelnde Verlässlichkeit von Gesetzen, Ordnungen und Anweisungen. Ein weiteres Problem ist der Themenkomplex Korruption. In einigen Fällen gibt es gesellschaftlich akzeptierte Formen von Korruption, die scheinbar keine negativen Auswirkungen haben. Allerdings führen auch diese Formen von Korruption zur Benachteiligung von Personen ohne Reichtum oder Beziehungen und damit zur Behinderung von neuen wirtschaftli-

chen Aktivitäten. Gleichzeitig entzieht Korruption dem Staat (und damit seinen Bürgern) einen oft erheblichen Anteil des Etats und beraubt ihn damit seiner Handlungsfähigkeit.

Staaten reformieren – aber mit wem?

Seit einiger Zeit befasst sich die Entwicklungszusammenarbeit zunehmend mit „Good Governance“-Konzepten. Durch die Reform von staatlichen Institutionen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die wirtschaftliche Aktivitäten auch gerade für die einheimische Bevöl-

kerung ermöglichen. Das Konzept „Targeting Rules Institutions Subsidiarity under Accountability TRISA“ betont die Transparenz und Fairness von Institutionen als Grundlage für wirtschaftliches Handeln. Gleichzeitig müssen moderne Systeme lernfähig sein und in irgendeiner Weise im (Gedanken-) Austausch mit anderen Systemen stehen. Während der heutigen Entwicklungszusammenarbeit teilweise der Vorwurf gemacht wird, bestehende Machtverhältnisse zu verfestigen, wird die Zusammenarbeit mit endogenen Kräften an der Regierung vorbei teilweise als problematischer Eingriff in die nationale Souveränität gesehen.

Arbeitsgruppe 2 – Dr. Michael Baumann

Entwicklung von unten (I): Die Perspektive des Südens

Die Tagung stand unter der Leitfrage „Was braucht Entwicklung?“ Ziel der Arbeitsgruppe war es dabei, die grundlegenden Strukturen, welche den Rahmen der Entwicklungspolitik bilden, aus der Sicht des „Südens“, d. h. der wirtschaftlich/industriell nicht so weit entwickelten Länder, zu analysieren. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildete eine Kritik des volkswirtschaftlichen Freihandels-theorems, welches die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung der Welt theoretisch fundiert. In einem zweiten Schritt untersuchte die Arbeitsgemeinschaft die praktische Seite dieser ökonomischen Ordnung auf der Ebene des Völkerrechts, indem sie ihre Institutionen, insbesonde-

re die Bretton Woods Organisationen (also Welthandelsorganisation [WTO], Internationaler Währungsfonds [IWF] und Weltbank), die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aber auch die Vereinten Nationen, diskutierte. Auch und gerade die Frage nach den nötigen und den möglichen Reformen wurde erörtert. Abschließend befasste sich die Gruppe mit den Aufgaben, die vor diesem Hintergrund den Nichtregierungsorganisationen zufallen, und den diesen verbleibenden Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Als Cantus Firmus durchzog die Frage nach den wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die wirtschaftlich schwächeren Länder, und vor

allem die von ihnen repräsentierte Majorität der Weltbevölkerung die Untersuchung.

Geleitet wurde die Gruppe von Dr. Michael Baumann, der sich als Mitglied des Vorstands von Germanwatch e. V. mit dieser Fragestellung beschäftigt hat. Seine wirtschaftliche wie politische Expertise entstammt nicht nur seiner langjährigen Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium und der politischen Begleitung des deutschen Einigungsprozesses: Vor seinem Wechsel zu Germanwatch war Dr. Baumann Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern. Durch seine sich selbst zurücknehmende Art der Verhandlungsleitung förderte er, unterstützt durch den teilnehmerseits bestimmten Moderator Dirk Pulkowski, die Arbeit der Gruppe vorzüglich. Zudem konnten die Veranstalter für einzelne Arbeitsblöcke Prof. Dr. Manfred Nitsch vom Lateinamerikainstitut der FU Berlin und Dr. Dieter Menke, den Leiter des Berliner OECD-Büros, als Experten gewinnen. Die zehn studentischen Teilnehmer profitierten außerordentlich von dieser Wahl der Dozenten.

Der erste Sitzungsblock befasste sich mit dem Freihandelstheorem, das durch einen dialektischen Vortrag von Indronil Chaudhuri und Olaf Weber auf der Grundlage von Texten aus der Bundestagsenquete „Globalisierung“ vorgestellt wurde. David Ricardo entwickelte sein Prinzip der komparativen Kosten 1817. Seiner Ansicht nach sei der Handel auch für den wirtschaftlich unterlegenen Partner gut, vor allem das Gesamtsystem gewinne durch einen Anstieg des Sozialprodukts. Ricardo propagierte deshalb den Freihandel durch den Abbau von Zollschränken. Er ging vor allem vom

Güterhandel aus und nahm dabei an, dass den Faktoren Arbeit und Produktion keine Freizügigkeit eigne. Die Diskussion zeigte, dass die tatsächlichen Annahmen Ricardos überholt sind. Erstens spielt neben dem Handel mit Gütern der tertiäre Sektor – die Dienstleistungen – eine immer stärkere Rolle. Zweitens sind heute auch Faktoren wie Kapital und Arbeitskraft mobil. Im Gegensatz zu seiner Fundierung verteidigten einige Teilnehmer den Imperativ des Freihandels auf neuer Grundlage. Das Argument, durch Schutzzölle könne man Industrien langsam an den Wettbewerb gewöhnen (infant industries), stritt dabei für die protektionistische Seite. Für den freien Austausch über Grenzen hinweg sprach dagegen die Möglichkeit, viele Faktoren aus verschiedenen Staaten zu kombinieren, um so landesinterne Defizite ausgleichen zu können. Wenn auch die Frage nach dem wie viel an Freihandel – gerade in Hinsicht auf den „Süden“ – unterschiedlich beurteilt wurde, herrschte doch Einigkeit darüber, dass eine liberale Außenwirtschaft als einziges Mittel der Entwicklungspolitik nicht hinreichend ist, wengleich sie einen sinnvollen Baustein darstellen kann.

Den zweiten Abschnitt bestritt der Leiter des Berliner Büros der OECD, Dr. Menke. Er stellte die OECD als eine Organisation vor, welche zusammen mit anderen den Rahmen für das Wirtschaften über Grenzen hinweg prägt. Insbesondere betonte er den Ursprung der OECD in der Implementierung des Marshallplans. Seiner Organisation sei an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltung gelegen, ihre Aktivitäten seien aber vielfältig. Als Beispiel nannte er Richtlinien für chemische

Testverfahren, die dem Handelshemmnis verschiedener Normstandards entgegenwirkten und einen Verhaltenskodex für Unternehmen, der auch Kinderarbeit verbietet. Der Referent erläuterte, wie die OECD bindendes Recht durch Konventionen, und nicht bindendes durch freiwillige Kodices fördere. Besonderes Interesse der Teilnehmer erregten Ausführungen des Referenten über die Bemühungen der OECD, sich transparenter zu zeigen. Insbesondere das Scheitern eines Plans zur Regelung von Auslandsinvestitionen in Seattle 1999 habe gezeigt, dass die Organisation stärker in Dialog mit Nichtregierungsorganisationen, aber auch nationalen Einrichtungen treten müsse. Zudem greife sie inzwischen auch Ansätze anderer Institutionen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurück und nehme Konventionen wie das Rio-Protokoll in ihren Regeln auf. In der folgenden Diskussion kritisierten die Teilnehmer als Anwälte der wirtschaftlich schwächeren Staaten, dass die OECD aufgrund ihrer Zusammensetzung aus den wichtigen Industriestaaten nur deren Sicht vertrate. Dr. Menke entgegnete, immerhin seien inzwischen auch Staaten wie Mexiko beigetreten. Die OECD sei kein Anhänger der reinen Freihandelslehre, es gehe eher darum, wirtschaftliche Verwerfungen abzubauen. Unterstützung fand er vor allem darin, dass die OECD sich für ein Mehr an Good Governance einsetze. Trotz der Tatsache, dass die Organisation eher die Sicht des Nordens vertritt, stimmten gewisse praktische Ansätze zum Dialog die Teilnehmer auch für den Süden durchaus optimistisch.

Prof. Dr. Nitsch gab der Gruppe in der nächsten Sitzung auf anschauliche Weise

einen Einblick in die Antworten, welche die Volkswirtschaftslehre seit 1817 auf das Freihandelsdogma gegeben hat. Zunächst stellte er uns in Gestalt des „law of one price“ den Ansatz von Samuelson (1948) vor, den Hirschman als Schlussstein der neoklassischen Handelstheorie bezeichnet hat. Die Übersetzung dieser Ansicht in die Entwicklungspolitik habe Rostow betrieben, der in seinem „non-communist manifesto“ von Stadien der Entwicklung ausgegangen sei, welche jedes Land zu durchlaufen habe. Diese Theorien bildeten das theoretische Gerüst der Bretton-Woods-Organisationen, vor allem der WTO. Gegen diesen Mainstream stellte der Referent alternative Entwürfe. Ein Ansatz sei der von Raul Prebisch gewesen, der auf „Terms of Trade“ und importsubstituierender Industrialisierung vor allem in der Bewegung der Blockfreien, der Gruppe der 77 und der Handels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNCTAD) aufgegriffen worden. Andere Entwürfe betonten die dependencia (Cardoso/Faletto) oder den ungleichen Tausch. Den aktuellen Stand der Debatte bildeten Krugman mit einer abgeschwächten Freihandelslehre einerseits, eine Betonung der systemischen Wettbewerbsfähigkeit andererseits. Man gehe heute von „multiplen Gleichgewichten“ aus. Diese kognitiven Lehren vermeiden Imperative. Sie gehen davon aus, und hierin stimmen sie mit dem Ergebnis der Gruppe aus dem ersten Teil überein, dass die großen Theorien ausgedient haben. Nach Einschätzung Prof. Nitschs komme es demnach anscheinend zu einer Zementierung des status quo, nach dem die gegebene Hierarchie das Gleichgewicht bilde. Man befinde sich in ei-

nem „Nebel der Ungewissheit“, so dass Wirkungen konkreter Maßnahmen nicht vorhergesagt werden könnten. In der Diskussion teilten die meisten Teilnehmer diese Einschätzung der Lage. Dennoch müsse man aber um Lösungen ringen und handeln. Der Mehrheit genügte es nicht, sich in der Entwicklungspolitik auf eine bloße Armutsbekämpfung zu beschränken. Dem Ansatz Sens („Entwicklung als Freiheit“) folgend wurde Good Governance als ein mögliches Mittel genannt.

In der folgenden Runde wurde die bis hierhin eher theoretische Arbeit nun in die Praxis getragen. Anhand eines Textes von Walden Bello analysierten Dirk Pulkowski und Nora Steen den status quo der internationalen Organisationen, welche die Wirtschaft von Staaten mitbestimmen. Walden Bello nimmt als Vertreter des Südens dabei im Hinblick auf die Bretton Woods Organisationen eine betont kritische Position ein. Insbesondere greift er die Entscheidungsstrukturen an, welche die entwickelten Länder bevorzugen. In ihnen diktiert der Westen bzw. Norden, und der Süden werde unterdrückt. Die Untersuchung der Referenten zeigte aber ein differenzierteres Bild: In der WTO herrscht danach mit „One State One Vote“ das gleiche Prinzip, das die Ordnung des Völkerrechts seit dem Westfälischen Frieden bestimmt. Im IWF ist die Kritik dagegen eher berechtigt, dort gilt: „One Dollar, One Voice“. Bello fordert mit „One Person One Voice“ dagegen eine Beteiligung nach Bevölkerungszahlen. Das gebe den Entwicklungsländern die ihnen angemessene Wertigkeit. Ein weiterer zentraler Kritikpunkt Bellos ist die Zentralisierung von Herrschaft. Er tritt für lokale Struk-

turen und Märkte ein. Das Weltwirtschaftssystem solle eine „Toleranz der Vielfalt“ gewährleisten, und eher Wert auf gerechtes Verteilen als weiteres Erwirtschaften legen. Bello befürwortet daher eher Organisationen wie die ebenfalls von den Referenten vorgestellte UNCTAD. In der anschließenden kontroversen Diskussion schätzten einige Teilnehmer Bello als zu kritisch ein, andere als zu unrealistisch. Eine dritte Meinung teilte dagegen seine Wertung, nach der das Wirtschaftssystem grundsätzlich zu reformieren sei. Nur so könne der Süden stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

Im abschließenden Block gingen Cornelia Sieber und Angélique Yegiazaryan auf die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ein. Sie unterschieden zwischen technischen und politischen Strukturen, zwischen Lobbygruppen wie Gewerkschaften („grey“) und Advocacygruppen wie Umweltschützern („green“). Ihrer Meinung nach seien die NGOs Kinder der Globalisierung, in den letzten zehn Jahren sei ihre Bedeutung sprunghaft gewachsen. Als Funktionen der Gruppen wurde unter anderem die Förderung von Transparenz und Partizipation, aber auch ihre Kontrollfunktion gegenüber Staaten, Unternehmen und Organisationen genannt. Ob sie jedoch als „demokratischer Ersatz“ auf globaler Ebene dienen können, blieb in der Gruppe umstritten. Auch im Hinblick auf die Legitimation der Gruppen konnte keine Einigkeit erzielt werden. Betonte eine Seite eher den legitimen Zweck der Gruppen (Friedrich Schiller: „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen“), hob die andere hervor, dass NGOs keinesfalls repräsentativen Charakter hätten. Nur

der vom Volk Gewählte über legitim Macht aus. Schließlich wurde auch die Symbiose von Medien und NGOs kritisch hinterfragt. Die Aussprache nach dem Vortrag beschäftigte sich demnach vor allem mit der Frage, welche Rolle den Organisationen in Zukunft zufallen könne und welchen Platz sie unter den anderen Akteuren einnehmen sollten. Dr. Michael Baumann stellte auf Wunsch der Teilnehmer im Anschluss mit Germanwatch e. V. eine Organisation vor, die sich in der Praxis diesen Problemen stellen muss.

Im Rückblick auf spannende Runden lässt sich vielleicht kein Ergebnis der Gruppe auf die Hauptfrage der Gesamtagung „Was braucht Entwicklung?“ fest-

stellen. Immerhin hat die Gruppe aber drei entscheidende Teilfragen erarbeitet:

- Welche Theorien sollen das Wirtschaftssystem bestimmen?
- Welche Institutionen sollen es regeln?
- Welche Rolle können NGOs in diesem Szenario spielen?

Wie wir seit der Quizshow „Jeopardy“, wenn nicht seit Douglas Adams’ „Per Anhalter durch die Galaxis“ wissen, ist es manchmal auch ein wichtiger Schritt, die richtigen Fragen zu stellen. Ein Schritt, der uns hoffentlich ein Stück weiter auf einem Weg des Dialogs zwischen den Kulturen dieser Welt bringt.

Olaf Weber, Oberthal

Arbeitsgruppe 3 – PD Dr. Horst F. Rolly

Entwicklung von unten (II): Institutionenbildung und Empowerment

Die Arbeitsgruppe wurde nach einer allgemeinen Vorstellungsrunde durch ein gut einstündiges Impulsreferat von Herrn Otzen in die Materie eingeführt. Den Fokus setzte er auf die Entwicklungspolitik in Subsahara-Afrika (Begründung der Armut, Politikversagen, zerbrechliche Ökologie der Region, Entstehung „weißer Elefanten“ durch inkohärente Entwicklungspolitik, etc.). Abschließend gab Herr Otzen einen Ausblick auf die Politik der EZ. Dazu berichtete er aus der Vorbereitung zur Welternährungskonferenz in Bonn, geleitet von IFPRI. Die sieben

Punkte möchte ich, da sie im Sinne unserer Tagung von allgemeinem Interesse sein dürften und ich von mehreren Seiten darum gebeten wurde, kurz anführen.

Ergebnisse der IFPRI – Konferenz (International Food Policy Research Institute):

1. Entwicklung der Humanressourcen
 - Bildung
 - Gesundheit
 - Fachausbildung
2. Zugang zu produktiven Ressourcen

- Land, Weide, Wald, Wasser
 - Kapital
 - Inputs Bildung
3. Verbesserung der ländlichen Infrastruktur
 - Wege
 - Transport u. Kommunikation
 - Wasser, Entwässerung, Energie
 4. Förderung von Agrarforschung und Technologietransfer
 - Armutsorientierung
 - lokales Wissen, Schutz geistigen Eigentums
 5. Verbesserung des Ressourcenmanagements
 - lokale Agenda 21
 - lokale CCD (Wüstenkonvention)
 - CBD (Biodiversitätskonvention)
 6. Good Governance
 - Demokratisierung
 - Rechtsstaatlichkeit
 - entwicklungsorientierter Handel
 - politische Partizipation
 7. Förderliche nationale und internationale Rahmenbedingungen
 - Öffnung der Märkte (Stichwort „anything but arms“)
 - Abbau der Agrarsubventionen
 - Schutz geistigen Eigentums
 - Anhebung der ODA (Official Development Assistance) der Geberländer auf 0,7% ihres BIP

Diese sieben Punkte sollen als Herausforderung an die EZ verstanden werden bzw. Ansatzpunkte für ihre Politik liefern.

Die weitere Arbeit leitete Herr Rolly, da Herr Otzen leider anderweitigen Verpflichtungen nachkommen musste.

Die nachhaltige Institutionenbildung stand im Mittelpunkt unserer Arbeitsgruppe. Nachhaltig wurde in dem Sinne verstanden, dass sich eine Institution „von unten“ bilden muss, um dauerhaft Bestand zu haben. Der Prozess der Institutionenbildung in einer Gesellschaft kann durch folgende Schritte beschrieben werden:

1. Habitualisierung einer Verhaltensweise
2. Bewusstseinsprozess, Reflexion aus der Distanz
3. Objektivierung des Habitus durch Sinnggebung
4. Legitimierung, formale Verrechtlichung (Institution wird zu einer Rechtseinrichtung)

Nach diesem Modell wird die Institution als etwas höchst Dynamisches, von der jeweiligen Volksstimmung Ausgehendes verstanden. Als wichtige Faktoren, die in die Institutionenbildung hineinspielen, wurden die Begriffe Armut, Soziales Kapital und informeller Sektor besprochen. Armut wird in der Forschung heutzutage als Prozess verstanden; es geht also um mehr als zeitliche Momentaufnahmen der Armut als Zustand (statische Armutsdiagnosen). Soziales Kapital ist die „nutzbringende Beziehung zwischen Menschen“, die einen Vermögenswert darstellt, in den investiert werden kann. Fehlendes soziales Kapital kann Armut bedingen (ohne die richtigen „connections“ kommen auch wir nicht weiter, um es auf Neudeutsch auszudrücken). Institutionen helfen, soziales Kapital zu schaffen. Dies ist vor allem im informel-

len Sektor, dem nicht organisierten Wirtschaftssektor, von Bedeutung. Ein Ziel von Entwicklungshilfe kann folglich sein, soziales Kapital auf verschiedenen Ebenen aufzubauen und die Rahmenbedingungen für eine vom Volk ausgehende Institutionenbildung zu schaffen.

Der Höhepunkt unserer Arbeit bestand aus einer Regionalanalyse mit dem Ziel einer Projektplanung (dem Versuch, all die schöne Theorie in die Praxis umzusetzen, natürlich rein platonisch). Herr Rolly versetzte uns in die Lage eines Expertenteams, das die Region einer vorstädtischen Favela-Siedlung in Südamerika entwickeln sollte. Eine solche Projektplanung kann in 5 Schritte gegliedert werden:

1. Bedarfsanalyse durch empirische Untersuchung (Befragungen, etc.)
2. Zielformulierung basierend auf 1.
3. Strategieentwicklung und Budgetierung
4. Aktivität
5. Evaluierung

Aufgrund mangelnder Zeit und der Komplexität des Vorhabens schafften wir es

nur bis Punkt 3. Als wichtigste Entwicklungsansätze legten wir fest:

- a) die sozio-ökonomische Struktur (Mindestgehälter, Krankenversicherung, Rahmen für Kleinkredite, Weiterbildung)
- b) die Selbstverwaltung (Substrukturierung des Gebiets aufgrund schon gewachsener Strukturen, Gemeinderat, Energie- und Wasserversorgung, Herabsetzung der Gewalt, Bürgerpartizipation, Schulbildung)

Dieser pragmatische Ansatz der Arbeitsgruppe wurde von allen Teilnehmern sehr begrüßt und es herrschte ein angenehmes, konstruktives und ausgewogenes Diskussionsklima! Vielen Dank an Herrn Rolly und Herrn Otzen!

Tineke Haensgen, Bamberg
Johanna Heideker, Würzburg

Arbeitsgruppe 3 – Dr. Annette Benad, Franziska Donner

EZ konkret – Die Arbeit deutscher Organisationen vor Ort und in Deutschland

Fragestellung

Am Anfang war das Brainstorming. Unsere Gruppe legte ihr Hauptinteresse auf die Frage, wie die nichtstaatliche Deutsche Welthungerhilfe (DWHH) und die

staatliche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) agieren und auftreten, und diskutierte anhand eines sich herauskristallisierenden Vergleichs zwischen den beiden Institutionen Vorteile

und Nachteile der jeweiligen Einrichtung – absolut gesehen und relativ, gegenüber der anderen.

Die Einleitung machte Herr Schubert vom Seminar für Ländliche Entwicklung der HU Berlin, das eine auf dem Hochschulabschluss aufbauende berufsorientierte Ausbildung anbietet. Dann kam es am Freitag zur Präsentation der DWHH und am Samstag der GTZ, die ich gegenübergestellt resümieren möchte.

Resüme

Die DWHH, vertreten durch Frau Dr. Benad, zeigte sich offen und selbstkritisch. Selbstkritisch und bescheiden kam sie auch unseren Einwänden zu der Breitenwirkung der Projektarbeit der DWHH entgegen, wenn auch eine Diskussion einzelner selbsternannter Entwicklungserfolge ihres vorgestellten Projektes in Indien (wie Fernseher und Landwirtschaft mit Kunstdünger und Pestizideinsatz) unterschlagen wurde. Stattdessen gab uns Frau Dr. Benad die Aufgabe, das Projekt selber weiterzuplanen statt es zu evaluieren – die damit sehr pragmatische Diskussion der Entwicklungsprojekte der DWHH reflektiert die EZ auf lokaler Ebene mit humanitärem Anspruch.

Die Präsentation der GTZ durch Frau Donner am Samstag war hingegen selbstbewusst und im Gegensatz zur defensiven Vortragsweise Frau Dr. Benads offensiv vorgetragen. Die bedeutendste deutsche Entwicklungsorganisation gab in ihrer Präsentation realistischen Zielen den Vorzug vor einer visionären Betrachtung der EZ – vor einer hehren Zielorientierung wurde eindringlich gewarnt. Es kam somit zur Sprache, worauf es in der deutschen staatlichen EZ ankommt, um in deren Sinne EZ oder „Internationale

Zusammenarbeit“ in den Worten der Dozentin erfolgreich zu gestalten. Neben Fixpunkten wie Langfristigkeit und Nachhaltigkeit wurden die deutschen Eigeninteressen an einer solchen Zusammenarbeit festgemacht, was einherging mit einer unternehmerisch ausgerichteten Projekt- und Programmarbeit der GTZ. Wir hatten es nun mit der Makroebene der deutschen EZ zu tun. Paradigmatisch ist hierfür die 'globale Strukturpolitik', die unter der jetzigen Bundesregierung formuliert wurde. Ein Ansatz also, EZ als Gestaltungsaufgabe globaler Rahmenbedingungen anzusehen. Indirekt damit verbunden setzte eine Diskussion die Konsistenz der EZ oder besser Entwicklungspolitik (EP) in Frage; wenn es um die Zusammenarbeit mit Regierungen geht, die menschenrechtliche Kriterien missachten, die ja eigens vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sogar weltweit erstmalig 1991 aufgenommen wurden. Hier wurden die Grenzen der globalen Strukturpolitik deutlich, die dem BMZ und damit auch der GTZ durch das Bundeswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt gesetzt werden. Vielleicht wurde deshalb vor einer hehren Zielorientierung gewarnt – auch EP ist Realpolitik und unterliegt deutschen Interessen, die aus dem Blickfeld der EZ verschwinden.

Fazit

Wie auch in anderen Diskussionen im Plenum sahen wir annäherungsweise eine empfehlenswerte Rollenaufteilung der lokalen NGOs wie DWHH und der staatlichen GTZ u.a. in der globalen Gestaltung und lokalen Ausführung von EZ.

Lukas Wortmann, Berlin

Arbeitsgruppe 5 – Dr. Wolfgang Sachs, Jens Martens

"EZ global: UNO-Konferenzen, Umwelt und die Zukunft der Entwicklung (Jens Martens, WEED Bonn, Dr. Wolfgang Sachs, Wuppertal Institut)"

Den ersten Tag leitete Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie ein, indem er das Johannesburg-Memorandum vorstellte. Das Memorandum wurde im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung unter der Koordination von Herrn Sachs von mehreren VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus allen Teilen der Welt erstellt und soll die öffentliche Diskussion im Vorfeld des "Weltgipfels über Nachhaltige Entwicklung" im September diesen Jahres in Johannesburg, Südafrika anregen.

In der sich anschließenden Diskussion in unserer Gruppe kristallisierte sich folgende Problemstellung heraus:

Ausgehend von der Tatsache, dass die menschliche Existenz auf einem endlichen Umweltraum und begrenzten natürlichen Ressourcen begründet ist, und unter der Annahme des Grundwertes Gerechtigkeit stellt sich die Frage nach einer ökologisch nachhaltigen und gerechten Organisation des menschlichen Lebens auf der Erde.

Heute nehmen 20-25% der Weltbevölkerung den gesamten zur Verfügung stehenden Umweltraum in Anspruch bzw. überschreiten ihn sogar. Wollen die anderen 75% der Weltbevölkerung ihre relative oder absolute Armut überwinden, geht das zwangsläufig einher mit einer Ausdehnung der Nutzung natürlicher Ressourcen. Da die ökologische Tragfähigkeit der Erde aber schon ausgelastet ist, kann Armutserleichterung einerseits nur einhergehen mit Reichtums-

erleichterung andererseits, oder anders ausgedrückt ist es nur möglich unser Leben auf der Erde nachhaltig und gerecht zu gestalten, wenn wir, die reichen 25% der Weltbevölkerung, unsere Lebensweise energie- und ressourcenextensiver ausrichten und damit einen Teil des vorhandenen Umweltraums freigeben. In dem Johannesburg-Memorandum wird das wie folgt ausgedrückt: " Es gibt keine Ökologie ohne Gerechtigkeit und keine Gerechtigkeit ohne Ökologie."

Den zweiten Tag begann Jens Martens von WEED mit einem Bericht über die UNO-Konferenz "Financing for Development", die im März 2002 in Monterrey, Mexiko stattfand und an der er als NGO-Vertreter teilnahm.

Im Anschluss beschäftigten wir uns mit der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und der Internalisierung externer Effekte bei globalen Gemeinschaftsgütern bzw. Allmende, als zwei konkrete wirtschaftspolitische Instrumente zur gerechteren Ressourcenallokation. Da in beiden Fällen auch nach herrschender Meinung unter Ökonomen ein Marktversagen vorliegt, ist hier staatliches oder zwischenstaatliches Eingreifen legitimiert, um sozialen und ökologischen Kosten bzw. Nutzen einen Wert zuzumessen und dadurch ihre Berücksichtigung in der privatwirtschaftlichen Gewinnmaximierung zu erlangen, um schließlich ein gesamtgesellschaftliches Wohlstandsoptimum zu erreichen.

Einerseits stellt die Forderung nach öffentlicher/ staatlicher Regulierung zum Ausgleich des Marktversagens und damit zur Wiederherstellung eines perfekt funktionierenden Marktmechanismus einen pragmatischen Ansatz dar, der mittelfristig sowohl die Umwelt entlasten als auch für mehr Gerechtigkeit sorgen könnte. Andererseits birgt sie die Gefahr jeder systemimmanenten Argumentation langfristig das System zu stärken, in diesem Fall der Ökonomisierung von Natur und menschlichem Leben, aber auch von Werten wie Frieden und Sicherheit Vorschub zu leisten.

Für die vielen Gedankenanstöße und die anregenden Diskussionen möchten wir uns ganz herzlich bei unseren Dozenten Jens Martens und Wolfgang Sachs bedanken. Außerdem möchten wir Philipp Steinheim, Michael Stoyke und Dr. Roland Hain unseren Dank aussprechen, für die viele investierte Energie und Zeit, die diese Tagung möglich machten.

Swantje Schloen, Berlin